

Forderungen des Bündnisses Hamburger Flüchtlingsinitiativen im Rahmen des G20-Gipfels

Am 7. und 8. Juli 2017 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G20. Sie sind diejenigen, die maßgeblich für die heutigen Missstände im Bereich „Migration und Flucht“ verantwortlich sind.

Wir halten es für selbstverständlich, dass Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und existenzieller Not fliehen, bei uns willkommen sind, aufgenommen und so unterstützt werden, dass sie in Würde und Gleichberechtigung leben können. Hilfe für Notleidende darf nicht verhandelbar sein!

Wir sind überzeugt davon, dass globale soziale Gerechtigkeit notwendig ist; sie ist Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben und Überleben aller Menschen und Völker. Sie muss Maßstab sein für die Nutzung der begrenzten Bodenschätze und aller Ressourcen unserer Erde.

Bekämpft Fluchtursachen!

Menschen verlassen ihre Heimat nicht in großer Zahl, ohne durch eine existentielle Notsituation dazu gezwungen zu sein. Viele Ursachen, die Menschen zur Flucht nötigen, werden ausgelöst von Krieg und Verfolgung, aber auch von wirtschaftlichen Nöten. Diese werden zu oft von G20-Staaten verursacht oder befördert. Mit Projekten wie der G20-Afrika-Partnerschaft sollen angeblich Fluchtursachen bekämpft werden. Die G20-Staaten scheinen aber vor allem darauf aus zu sein, Großkonzernen über Public-Private-Partnerschaften Verträge zu sichern, was zu noch mehr Ausbeutung und Flucht führen wird. Vielfach verbirgt sich hinter sogenannten Migrationspartnerschaften nichts anderes als eine bestimmte Form vorgelagerter Grenzsicherung. Dabei wird auch mit Despoten paktiert (z. B. Eritrea, Südsudan). Statt Fluchtursachen werden Flüchtlinge bekämpft.

Deswegen fordern wir:

- Handelsabkommen und Verträge rückgängig machen, mit denen die G20-Staaten sich einseitig zulasten ihrer Partner den Zugriff auf wichtige Rohstoffe gesichert haben;
- dass die EU die Binnenmärkte Afrikas nicht weiter gefährdet, indem sie mit hochsubventionierten Produkten die lokalen Märkte überschwemmt und damit lokale Marktteilnehmer aus dem Markt drängt und zur Flucht treibt;
- die Gewinne aus der Ausfuhr von Rohstoffen der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, anstatt sie internationalen Konzernen und afrikanischen Oligarchen zukommen zu lassen;
- unter dem Dach der G20-Afrika-Partnerschaft keine Handels- und Wirtschaftspolitik durchzudrücken, die v.a. Großkonzernen dient (u.a. mit Private-Public-Verträgen);
- eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit den afrikanischen Staaten. Das Wohl der ansässigen Bevölkerung und die Beförderung einer entsprechenden Politik muss im Mittelpunkt stehen;
- dass die Bevölkerung der Partnerländer von den Handelsabkommen durch den Ausbau der Infrastruktur, des Gesundheits- und des Bildungswesens profitiert;

- dass Rüstungsexport und Produktion von Rüstungsgütern gestoppt werden;
- Entwicklungshilfe so zu leisten, dass auf die schnellstmögliche Erfüllung der Sustainable Development Goals (SDGs; <https://sustainabledevelopment.un.org/>) hingewirkt wird und dass lokale Unternehmensideen unterstützt werden.

Schafft sichere Fluchtwege und beendet die Abschottungspolitik!

Die „Festung Europa“ ist längst Realität. Und Realität ist auch der Tod von Flüchtlingen an Europas Grenzen. Die Grenzorganisation Frontex wird für den Schutz der EU-Außengrenzen statt für die Rettung von Migrant*inn*en vor dem Ertrinken im Mittelmeer eingesetzt. Die Seenotrettung wird immer stärker NGOs überlassen, welche durch Vorstöße von verschiedenen Seiten „kriminalisiert“ und in ihrer Arbeit behindert werden. Zudem werden mit der libyschen Küstenwache Deals ausgehandelt, damit diese Migrant*inn*en aufsammeln und zurück in das zerrüttete Land bringen soll. Dabei ist bekannt, dass in Libyen schwere Menschenrechtsverletzungen verübt werden (<https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/libyen-eu-nimmt-bei-kooperation-mit-libyscher-kuestenwache-schwere>).

Migrant*inn*en bleibt nur noch der Ausweg, sich an Schlepper*inn*en zu wenden. Diese Schlepperorganisationen nehmen Unmengen an Geld für die unsichere Fahrt über das Mittelmeer.

Europa ist nicht allein mit dieser Abschottung. Durch den „Travel Ban“ des neuen US-amerikanischen Präsidenten Trump wird immer Menschen der Zugang in die USA verweigert. „Illegale“ Migrant*inn*en werden ohne Rücksicht auf ihre Situation deportiert.

Deswegen fordern wir:

- Die Einrichtung sicherer Fluchtwege, vor allem über das Mittelmeer;
- keine völkerrechtswidrigen Push-Backs, keine Deals zur Rücknahme mit Ländern wie Libyen, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen verübt werden;
- Stopp der Abschottungspolitik der Industrienationen;
- Abbau der „Festung Europa“, keine Frontex-Einsätze gegen Geflüchtete.

Schafft menschenwürdige Unterbringung und gleiches Recht für alle!

Die Lage für viele Migrant*inn*en ist unerträglich: Ihnen werden elementare Rechte wie eine menschenwürdige Unterbringung und angemessene Versorgung verwehrt. In Griechenland leben sie in schrecklichen Camps, in denen sie verzweifelt darauf warten, weiterreisen zu können. Die „Festung Europa“ wird auf dem Rücken überforderter Mittelmeerstaaten gebaut. Abkommen zur Aufnahme der Geflüchteten in anderen Staaten kommen weder in Gang, noch sind sie ausreichend zu einer Entlastung für die betroffenen Staaten und vor allem für die Geflüchteten angesetzt.

In ganz Europa wird eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen durchgedrückt. In Deutschland wird vielen Migrant*inn*en der Nachzug ihrer Familie verwehrt, welche oftmals

weiter in unerträglichen Bedingungen ausharren müssen. Auch den Angekommenen werden notwendige Leistungen wie Sprachkurse zu oft verwehrt. Asylgesetzverschärfungen sind in der Bundesrepublik an der Tagesordnung.

Stattdessen werden Rücknahmeabkommen mit unsicheren, oft autokratischen Staaten ausgehandelt, im Gegenzug werden diesen von der EU hohe Fördermittel zugesagt. Menschen werden in unsichere Gebiete wie Afghanistan abgeschoben, angeblich zur Abschreckung. Menschenleben werden damit zu politischer Verhandlungsmasse.

Deswegen fordern wir:

- Aussetzung des Dublin-Abkommens;
- sofortige Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien durch andere EU-Staaten, davon umgehend 1.000 in Hamburg;
- Stopp der Verhandlungen um Rücknahmeabkommen in Verbindung mit hohen finanziellen Hilfsleistungen für die Staaten;
- Gleiches Recht für alle! Stoppt die ungerechte Behandlung von Geflüchteten;
- Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan;
- Sprachkurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus;
- Integratives Wohnen für Geflüchtete und Migrant*inn*en;
- Unterstützung der Unterbringung Geflüchteter auch in anderen Ländern;
- Ermöglichung von Familiennachzügen z.B. in Deutschland.

Wir sagen: Die Alternative zur inhumanen Politik der EU ist eine solidarische Migrations- und Flüchtlingspolitik Europas „von unten“.

Da die EU auf der zwischennationalen Ebene daran scheitert Geflüchtete fair verteilt unterzubringen, muss nach neuen Wegen gesucht werden. Verteilung darf nicht nur im Sinne der EU-Staaten, sondern muss auch im Sinne der Betroffenen erfolgen. Dafür können die Aufnahmebereitschaft und das Willkommensklima vieler Städte und Gemeinden genutzt werden. Wenn die EU einen großzügig ausgelegten Fonds bereitstellen würde, könnte nicht nur das Engagement dieser Gemeinden und Städte belohnt werden, sondern auch ihrer Infrastruktur und der sozialen Einrichtungen zum Wohle ausgebaut und erhalten werden. Eine solche Finanzierung müsste sich nach der Zahl aufgenommener Geflüchteter per Kommune richten. So können wir die gegenwärtige Blockade gemeinsam beenden, zum Wohle aller. Rechtspopulisten wäre der Boden ihrer fremdenfeindlichen Hetze entzogen. Politiker*inn*en würden weniger geneigt sein, aus wahltaktischen Überlegungen „Flüchtlingsabwehr“ anstelle von Solidarität zu betreiben.

Zu diesem Thema findet am 17. Juli 2017 um 18 Uhr im Rechtshaus der Universität Hamburg (Rothenbaumchaussee 33) eine Podiumsdiskussion mit Prof. Gesine Schwan (HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH), Andreas Lipscher (Vorsitzender PRO ASYL), Johanna Bussemer (Rosa Luxemburg Stiftung) und Helene Heuser (Refugee Law Clinic, Universität Hamburg) statt.

Weitere Informationen hier: <http://hamburgasyl.de/wp-content/uploads/Veranstaltung-170717-4.pdf>